

Reaktionen auf die Falk-Studie

Das Sommerloch hatte etwas Gutes: Selbst die Gratispresse brachte auf der ersten Seite die spektakuläre Behauptung von Rainer Falk, den 409 Millionen Dollar Luxemburger Entwicklungshilfe stünden rund 2,5 Milliarden Dollar Steuereinnahmeverluste der Entwicklungsländer gegenüber. Unter diesen Vorzeichen musste die Banken- und Bankervereinigung ABL und ihr Schutz- und Schirmherr, Premierminister Jean-Claude Juncker (Siehe auch Kasten S. 18), öffentlich reagieren, wobei sie wohl lieber den „tissu malsain d'affirmations gratuites, de ouï-dire, de demi-vérités et de mensonges colportés“ – ABL dixit – totgeschwiegen hätte.

Auf die Studie reagierte die ABL in der Tat mit einem ziemlich genervten Communiqué (siehe www.abbl.lu), während die Wirtschaftsredakteurin Michèle Sinner im *Lëtzebuurger Land* vom 24.7.2009 ernsthafte Kritik an der Studie anmeldete, um sich dann trotzdem ihren Empfehlungen anzuschließen. Im *Luxemburger Wort* fasste Nadia di Pillo Falks Argumentation sachlich zusammen und meinte im Hinblick auf die Kritik: „Mais l'étude donne matière à réflexion, et c'est bien l'essentiel.“ (24.7.2009). Doch fünf Tage später piff ihr Ressortchef sie zurück und stellte sich resolut auf die Seite von ABL und Regierung. Bei Kritik am sakrosankten Bankenplatz ist in Luxemburg Schulterchluss zwischen allen staatstragenden Kräften verlangt. Im Leitartikel vom 29.7.2009 nennt Pierre Leyers die Studie „ein schlampig recherchiertes Machwerk“ und kommt zum Schluss: „Der ‚Cercle‘ hat sich mit seiner Studie einen Bären dienst erwiesen. Statt eine wichtige Debatte anzustoßen, baut er Fronten auf, wie an der empörenden Reaktion der ABL zu sehen ist. Die radikaleren Mitglieder dieses Verbands [...] sind von ihrer gerechten Mission überzeugt, und wer wohlhabend ist, wie Luxemburg und sein Finanzplatz, steht sowieso unter Generalverdacht.“

Damit hat er natürlich recht. Solange es Wohlhabende und daneben arme Schlucker gibt – und letztere zwei Drittel der Menschheit ausmachen – stehen die ersteren unter dem Verdacht, ihren Zugriff auf den Reichtum dieser Welt bewahren zu wollen. Die Studie von Rainer Falk zeigt auf, mit welchen legalen (!) Mitteln auch der Finanzplatz Luxemburg zu dieser Ungerechtigkeit auf Weltebene beiträgt. Dass das nicht jeder hören will, überrascht die Autoren wohl am wenigsten. Um die ansonsten kaum lesenswerte Enzyklika *Caritas in veritate* Papst Benedikts XVI. zu zitieren: „Während die Armen der Welt noch immer an die Türen der Üppigkeit klopfen, läuft die reiche Welt Gefahr, wegen eines Gewissens, das bereits unfähig ist, das Menschliche zu erkennen, jene Schläge an ihre Tür nicht mehr zu hören.“

Die ABL hingegen schreckt nicht vor Falschdarstellungen zurück, um ihr Image zu wahren. Die Unterstellung der ABL: „Le document assimile sans grande distinction la fraude fiscale, la concurrence fiscale, le blanchiment, les problèmes des relations nord-sud ou encore les discussions inter-européennes sur la fiscalité de l'épargne.“ ist jedenfalls nicht nachzuvollziehen.

Auch bei den Zahlen wird geschummelt. So schreibt die ABL in ihrem Communiqué: „Il prétend que la place financière aurait récolté en provenance des pays en voie de développement quelque 500 milliards euros d'argent fraudé, alors qu'elle gère en banque privée un total inférieur à 300 milliards euros.“ Tatsache ist, dass Falk in Dollars rechnet und von 250 Mrd. \$ ausgeht. Das waren am 28.7.2009 weniger als 180 Mrd. Euro. Die Zahl steht also keineswegs in Widerspruch zu den Angaben der ABL! Falk nennt seine Zahlen übrigens „grobe Schätzungen“. Am einfachsten wäre es natürlich, wenn die ABL jetzt die wahren Zahlen auf den Tisch läge und erkläre, wieviel Geld aus Dritt-Welt-Ländern auf Luxemburger Konten platziert ist!

In diesem Sinne muss man Fernand Grulms, Leiter der Regierungsagentur Luxembourg for Finance, unbedingt ermutigen, der seine Enttäuschung über die Studie (LW/t, 1.8.2009) mit den Worten einleitet, dass die Initiative durchaus lobenswert und edel hätte sein können und man „vieles hätte beleuchten können. Zum Beispiel, ob die Investitionen der Luxemburger Investmentfonds Mehrwert für die Entwicklungsländer schaffen? Ob die bisherigen Initiativen im Bereich Mikrofinanz erfolgreich waren? Oder ob der Finanzplatz durch ethische Anlageprodukte zum Wachstum in Entwicklungsländern beitragen kann.“ Fernand Grulms versucht damit zwar die Blicke vom eigentlichen *core-business* des Luxemburger Finanzplatzes wegzulenken, man kann ihn aber auch so interpretieren, dass dem Finanzplatz selber an einer transparenten Beleuchtung seiner Aktivitäten gelegen sei. Die Diskussion sollte also hier nicht aufhören, sondern ihren Anfang finden. Die Akteure können beim Wort genommen werden – etwa die ABL, die in ihrem Communiqué schreibt: „it [the ABL] has absolutely no intention of shying away from a debate on the matter, and remains open for any exchange of points of view, be it with the press or NGOs.“

Den Premierminister hingegen, der offenbar Angst hat, dass die Bürger seinen lobenswerten entwicklungspolitischen Kurs in Frage stellen, wenn von der Finanzplatzpolitik Kohärenz mit der Kooperationspolitik verlangt wird, muss man fragen, wie er denn den Menschen in der Dritten Welt die Wohltaten des Luxemburger Finanzplatzes verkaufen will, wenn sie unterstellen können, dass dort erwirtschaftetes Geld nach Luxemburg transferiert wird, statt dass es vor Ort versteuert und damit zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beiträgt. Wenn der Premier nicht will, dass ‚seiner‘ Entwicklungshilfe in Frage gestellt wird, muss er für Transparenz und Ehrlichkeit am Finanzplatz sorgen.

Doch wer das CSV-Wahlprogramm gelesen hat, weiß Bescheid: „Unsere Entwicklungspolitik ist mehr denn je das Aushängeschild der luxemburgischen Außenpolitik.“ Sie steht also nicht in erster Linie im Dienst der Menschen auf der Schattenseite der Welt, sondern steht im Dienst der Luxemburger Imagepflege. Cqfd. ♦